



## Protokoll

### **51. Sitzung des Gemeinderates Montag, 4. April 2022, 19:00 Uhr bis 20:15 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 107/2022 des Stadtrates: Notstromkonzept Stadt Uster, Baukredit
- 4 Weisung 113/2022 des Stadtrates: Ausbildungszentrum Riedikon, Sanierung Brandhaus 1, Baukredit
- 5 Postulat 637/2021 (statt Motion, Umwandlung) von Silvan Dürst (SVP) und Hans Denzler (SVP): Rahmenvertrag mit der Energie Uster zu unentgeltlichen Dachnutzung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden im Eigentum der Stadt
- 6 Postulat 638/2021 (statt Motion, Umwandlung) von Silvan Dürst (SVP) und Hans Denzler (SVP): Rahmenvertrag mit der Energie Uster zu unentgeltlichen Dachnutzung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden im Eigentum der SSU
- 7 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Anita Borer (SVP), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	33 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident
Ausschluss	Rolf Denzler (SVP) bei TOP 6
Entschuldigt	Stadträtin Dr. Petra Bättig Markus Ehrensperger (SVP) Ulrich Schmid (Die Mitte, Nänikon) Markus Wanner (SP)
Presse	David Marti, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die Zuschauer, insbesondere Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär.

## Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Zum Abschluss der Amtsdauer 2018-2022 des Gemeinderats und ihres Amtsjahres 2021/2022 hält **Präsidentin Anita Borer** (SVP) folgende Abschiedsrede: *«Nicht diejenigen sind zu fürchten, die anderer Meinung sind, sondern diejenigen, die anderer Meinung sind, aber zu feige, es zu sagen.»*

*Liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte*

*Liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte*

*Sehr geehrte Vertreter der Presse*

*Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer*

*Was Napoleon schon wusste, wissen auch wir. So sagte ich vor einem Jahr bei meiner Antrittsrede, wie wichtig ich die Meinungsfreiheit als Teil unserer direkten Demokratie finde. Die Ereignisse der letzten Wochen haben wieder einmal gezeigt, dass die freie Meinungsäusserung noch bei Weitem nicht selbstverständlich ist.*

*Alle, die hier im Gemeinderat sitzen, sind zum Glück nicht feige, die eigene Meinung zu sagen. Und: wir dürfen es auch, ohne dafür verurteilt zu werden. Über zahlreiche Geschäfte konnten wir im letzten Jahr sehr kontrovers diskutieren. Ihr alle habt eure Meinung dazu eingebracht.*

*Heute ist meine letzte Ratsitzung als Ratspräsidentin. Entsprechend möchte ich den Bogen schliessen und meine Meinung sowie meine Eindrücke zum vergangenen Ratsjahres mit euch teilen. Zur besseren Übersicht und um Langeweile vorzubeugen, habe ich für meine Abschiedsrede drei Aufhänger genommen. Es sind dies:*

- 1. Chuck Norris*
- 2. Wahlkampf*
- 3. Traditionen*

*Chuck Norris: Beginnen wir bei Chuck Norris. Er steht stellvertretend für die humorvollen Voten im Gemeinderat und er zeigte mir: Trotz der vielen langen Sitzungen habt ihr den Humor nicht verloren. Politik ist meist ernst, das ist uns allen klar. Gerade deshalb ist es schön, wenn zwischendurch auch Humor seinen Platz hat. Und seien wir ehrlich, gewisse Vorstösse und Voten durften durchaus mit Humor genommen werden.*

*Der Umgang untereinander war anständig und respektvoll und die Voten waren meist kurz. Ein grosses Kompliment und herzlichen Dank dafür.*

*Mein Wunsch für die Zukunft ist es, dass wir in der Sache weiterhin heftig diskutieren können, uns jedoch nicht persönlich für unsere Meinung diskreditieren und es auch mal mit Humor nehmen können.*

*Wahlkampf: Kommen wir zum zweiten Punkt, zum Punkt Wahlkampf. Warum erwähne ich diesen? Genau, weil auch dieser Punkt mit unserer Demokratie zu tun hat und weil der Wahlkampf auch mein Ratsjahr dominiert hat.*

*Viele Vorstösse, lange Sitzungen, viel Präsenz und angespannte Nerven – wir alle haben den Wahlkampf gespürt. Und, meine Damen und Herren, trotz der grossen Anstrengung: ich habe ihn genossen. Der Wahlkampf hat dazu geführt, dass ich noch mehr als sonst unterwegs war, mit den Leuten in Kontakt kam und interessante Gespräche führen konnte.*

*Für mich hat sich Folgendes bestätigt:*

- 1. Die wahren Sorgen und Anliegen der Leute erfährt man nur im persönlichen Gespräch.*
- 2. Wahlkampf wird überschätzt. Als Politikerin oder Politiker muss man bereit sein, stetig den Kontakt mit den Leuten zu suchen, die Sorgen der Leute aufzunehmen und öffentlichkeitswirksam Antworten zu geben.*
- 3. Wer wählt, bestimmt mit. Umso erschreckender ist die relativ tiefe Wahlbeteiligung. Es muss uns gelingen, diese in Zukunft wieder zu erhöhen. Wir alle sind gefragt.*

*Traditionen: Und so komme ich zum Punkt 3, Traditionen: Auch wenn wegen der Corona-Pandemie noch nicht gleich viel los war wie in einem «Normaljahr», konnte ich an ein paar interessanten Traditions-Anlässen teilnehmen. Alle Einladungen, die ich erhalten habe, konnte ich wahrnehmen.*

*Selbst reden durfte ich am Bürgerpanel, an der Bundesfeier und am Ustertag. Zudem habe ich die Feier des Kantonsratspräsidenten, den Neuzuzüger-Apéro, die Vereidigungs-Zeremonie der Stadtpolizei, die Entlassungsfeier der Militärdienst-pflichtigen und die Feuerwehr bei der Übergabe ihrer neuen Drehleiter besucht.*

*Fast alle diese Feiern und Zeremonien sind mit Traditionen verknüpft. Einmal mehr konnte ich erfahren, wie wichtig Traditionen sind. Denn Traditionen weiterzuführen heisst, sich – durchaus auch kritisch – mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und daraus für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.*

*Traditionen zu pflegen heisst, sich an die dahinterstehende Geschichte und entsprechende Errungenschaften zu erinnern. Traditionen aufrecht zu erhalten, heisst auch, Gemeinsamkeiten zu feiern. Gemeinsamkeiten, die enorm wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind.*

*Meine Damen und Herren, auch das Gemeinderatspräsidium hat Tradition. Was ich leider feststellen musste ist, dass diese Tradition immer mehr in den Hintergrund rückt. An dieser Stelle möchte ich auch nochmals Bezug nehmen auf meine Antrittsrede, in welcher ich sagte, dass ich den Gemeinderat der Bevölkerung näherbringen möchte.*

*Kritisch beurteilt muss ich sagen, dass ich das Ziel nicht ganz erreicht habe. Dies ist sicher einerseits dem Umstand geschuldet, dass es weniger Veranstaltungen und Gelegenheiten zum Austausch gab.*

*Andererseits habe ich festgestellt, dass das Gemeinderatspräsidium – stellvertretend für den Gemeinderat – nur an wenige Anlässe offiziell eingeladen wurde. Im Vergleich zu den Erzählungen früherer Präsidentinnen und -präsidenten hat das Amt stark an Bedeutung verloren.*

*Bitte verstehen Sie mich richtig, bei dieser Feststellung geht es mir nicht um mich persönlich, sondern um das Amt und die Tradition als solches.*

*Ich wünsche ich mir, dass wir uns wieder vermehrt an die Funktion des Gemeinderatspräsidiums erinnern. Dass wir es als Vertretung des von der Ustermer Bevölkerung gewählten Gemeinderats, als Vertretung der Ustermer Bevölkerung und Teil unserer Demokratie anerkennen.*

*Ich wünsche mir diese Wertschätzung für die noch folgenden Gemeinderatspräsidentinnen und -präsidenten und für alle, die uns mit viel ehrenamtlichem Engagement für die Politik und die Demokratie engagieren.*

*Abschluss: Abschliessend danke ich euch allen herzlich dafür, dass ihr mich als Ratspräsidentin respektiert und durch den korrekten Umgang untereinander zu einem würdigen Ratsbetrieb beigetragen habt.*

*Ein grosses Dankeschön geht auch an Daniel Reuter und Monika Füllemann, die mich bei den Vorbereitungen immer kompetent und tatkräftig unterstützt haben. Die enge Zusammenarbeit mit euch habe ich sehr geschätzt. Der Montagnachmittag-Austausch mit euch wird mir fehlen.*

*Auch tausend Dank an meine Fraktion. Ihr habt es erst möglich gemacht, dass ich als Ratspräsidentin amtierem durfte. Und ihr habt ein Jahr lang auf meine Stimme und mithilfe bei den Referaten im Rat verzichtet.*

*Für jede Sitzung erhielt ich eine Flasche wunderbaren Rotwein von euch. Vermutlich dachtet ihr, ich bräuchte das jeweils nach den Sitzungen. Offen gesagt, brauche ich es jetzt vermutlich viel eher, wenn ich wieder bei euch unten sitze und ich merke, dass auch meine Stimme für die Mehrheit meistens nicht reicht. (Heiterkeit im Saal)*

*Und zu guter Letzt möchte ich auch nochmals meiner tollen Familie danken. Ich habe sehr grosses Glück, euch zu haben.*

*Schliessen möchte ich mit einem Zitat von Benjamin Franklin, US-amerikanischer Staatsmann – für mich ein wichtiger Grundsatz für unsere Demokratie und Souveränität:*

*«Was hilft es, sich bessere Zeiten zu wünschen und zu hoffen? Ändert euch selbst, dann ändern sich die Zeiten.» (Applaus)*

## Persönliche Erklärungen

**Andrea Grob** (FDP) verliest folgende Erklärung, wozu sie eine **Redezeitverlängerung auf 3 Minuten** beantragt und womit der **Gemeinderat stillschweigend Mehrheit einverstanden** ist:

*„Droht ein Bau-Lockdown?“ Der Ukraine-Krieg ist schon länger in der Schweiz angekommen. Die Abteilung Soziales bewältigt eine riesige Arbeitslast – dies teilweise noch immer ohne klare kantonale oder nationale Empfehlungen. So ist noch nicht geklärt, wie die Unterstützung aussieht, wenn man ukrainische Flüchtlinge aufnimmt. Jede Gemeinde setzt nun mühsam eigene Entschädigungen fest. Ein Wildwuchs an unterschiedlichen Lösungen, der sicher nicht sinnvoll ist.*

*Gleichzeitig droht eine weitere Welle – auch hier ohne Vorgaben oder Richtlinien von Bund oder Kanton - auf uns zuzurollen: Wir müssen einen „Bau-Lockdown“ ins Auge fassen. Wieso? Ein namhaftes Schweizer Unternehmen für Stahl und Metall musste seine Kunden darüber informieren, dass die Belieferung auf nicht absehbare Zeit unmöglich geworden ist, dies aufgrund von «Höherer Gewalt» gemäss Art. 119 Abs. 1 OR. Folglich sind sämtliche Verpflichtungen erloschen und vertragliche Vereinbarungen hinfällig. Heute Montag kann Stahl geliefert werden, aber mit einer 100%-Preiserhöhung. Die Preiserhöhung bei allen Materialien – bereits seit Ausbruch der Corona-Pandemie - lassen wir aus zeitlichen Gründen aussen vor. Stahl könnten theoretisch auch anderen Länder liefern. Nur, Stahl-Hersteller benötigen die Zulassung der EMPA.*

*Anders als bei der Aufnahme der Ukraine-Flüchtlinge, wo kommunale Lösungen übergangsmässig noch funktionieren mögen, werden die Kommunen vor diesem Problem anstehen. Daher plädiere ich dafür, dass dieses Problem möglichst vorausschauend national gelöst wird. Zum Beispiel mit einer Not-Zertifizierung.*

*Spinnen wir mal eine Geschichte: Es gibt keinen Stahl mehr zu kaufen. Folglich kann nicht mehr gebaut werden. Entsprechend braucht es auch keinen Elektriker, keinen Sanitär, keinen Küchenbauer, keine Gipser, keine Maler, keine Dachdecker, keine Architekten.... In Uster wären gemäss Firmenverzeichnis auf der Ustermer Website plus minus 120 Firmen betroffen. Es droht Kurzarbeit, wenn nicht auch Arbeitslosigkeit, weniger Steuersubstrat und – noch mehr Arbeit für die Abteilung Soziales.*

*Gerade die Handwerksbetriebe kalkulieren bereits mit knappen Margen. Bei Werkverträgen wird oft mit Fixpreisen gerechnet. Den grossen Verlust trägt also das Gewerbe. Wie viele davon können das tragen und wie lange?!*

*Mein Appell an Sie alle da im Saal: Erzählen Sie in Ihrem Umfeld von diesem Problem. In der Zeitung liest man nämlich noch nichts oder wenig davon. Und, sind Sie auch mit unserem Gewerbe grosszügig. Sie können beispielsweise unkompliziert die Preiserhöhungen für Ihren Lieferanten übernehmen. Das ist eine äusserst wertschätzende Geste, hilft unserem Gewerbe und somit unserer Stadt.*

## **1 Mitteilungen**

Ratskollegin Beatrice Caviezel (Grünliberale) ist am 27. März 2022 in den Stadtrat gewählt worden. Wir gratulieren. Einen Blumenstrauss gibt es nur bei der erstmaligen Wahl in den Stadtrat. (Applaus)

Ratskollege Ulrich Schmid (Die Mitte) ist am 27. März 2002 als Präsident der Oberstufenschulpflege Nänikon-Greifensee wiedergewählt worden. Wir gratulieren. (Applaus)

Und selbstverständlich wird allen gratuliert, die wieder oder neu in den Gemeinderat oder in eine unserer Behörden gewählt worden sind.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 50. Sitzung des Gemeinderats vom 14. März 2022 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

### 3 Weisung 107/2022 des Stadtrates: Notstromkonzept Stadt Uster, Baukredit

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Hans Denzler** (SVP): *An der KÖS-Sitzung vom 21. März 2022 stellten uns Stadtrat Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen, Karin Reifler, GF-Leiterin Liegenschaften, und Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen, den Aufbau von Notstromanlagen für die Notfallorganisationen im Stadthaus West und Notfallarbeitsplätze für die städtische Verwaltung sowie für die technischen Betriebe im Werkhofgebäude nochmals kurz vor.*

*An einer grossen Übung 2016 stellte sich heraus, dass eine solche Infrastruktur notwendig ist. Ab 2025 wird mit einem erhöhten Risiko von Stromausfällen gerechnet.*

*Im Stadthaus West ist mit einer Notstromanlage eine sichere Stromversorgung für die Blaulicht-Organisationen sowie für 50 wichtige Funktionen der Stadtverwaltung gewährleistet.*

*Das Notstrom-Aggregat wird mit Diesel betrieben, mit einer Tankfüllung geht man von 30-Stunden Strom-Autonomie aus je nach Verbrauch.*

*In der Kommission kam die Frage auf, ob neben einer Diesel- auch eine Batterie-Anlage in Betracht gezogen worden ist und warum man sich für die Diesel-Variante entschieden hat. Die Frage, warum keine Batterie, konnte uns an dieser Sitzung nicht direkt beantworten werden. Die Antwort wurde uns aber noch schriftlich nachgeliefert.*

*Die bestehende Photovoltaikanlage (PV-Anlage) schaltet ihre Stromproduktion bei einem Netzausfall sofort ab. Eine batteriebetriebene Netzersatzanlage kann nur vor oder nach einem Stromausfall wieder aufgeladen werden. Je länger der Stromunterbruch dauert, desto grösser besteht die Gefahr, dass die Batterie sich entlädt und nicht mehr zeitnah aufgeladen werden kann. Wird die Batterie von einer PV-Anlage gespiesen, kann diese nur tagsüber und bei gutem Wetter wieder aufgeladen werden. Auch hier gilt: Je länger der Stromunterbruch dauert, desto grösser ist die Gefahr, dass die NEA zum Erliegen kommt. Eine NEA mit Diesel kann jedoch jeder Zeit nachgetankt werden, ist weder strom-, zeit- noch wetterabhängig.*

*Eine weitere grosse Herausforderung bei einer Batteriebetriebenen NEA ist die Anlagegrösse. Der geplante Notstromdiesel produziert eine Leistung von ca. 250 kW. Die Auslegung der geforderten Leistung mit Batterien hätte einen enormen Platzbedarf zur Folge, welcher im Stadthaus West und/oder auf dem Areal nicht vorhanden ist.*

*In der Projektierungsphase wurden von der Fachplanung verschiedene Notstromsysteme geprüft. Eine batteriebetriebene Anlage wurde sowohl aus Platz- und Kostengründen als auch aus Sicherheitsüberlegungen und bereits vorhandenen Vorgaben nicht weiterverfolgt.*

*Abgeklärt worden ist auch die Variante mobile Anlagen mieten. Diese Lösung kommt aus Kostengründen nicht in Frage. Eine fix installierte Lösung mit Diesel betrieben, ist aus heutiger Sicht die zuverlässigste und günstigste Variante. Die Lebensdauer einer solchen Anlage wird auf 25 bis 40 Jahre geschätzt, je nach Einsatz.*

*Die KÖS beschliesst mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) dem Gemeinderat zu beantragen: Für den Aufbau von Notstromanlagen für die Notfallorganisationen im Stadthaus West und Notfallarbeitsplätze für die städtische Verwaltung sowie für die technischen Betriebe im Werkhofgebäude wird ein Investitionskredit von CHF 705'000 inkl. MWST plus / minus 10% bewilligt.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Christoph Keller** (SVP): *Als Ergänzung zur Diskussion in der Sachkommission wird erläutert, weshalb über Photovoltaik und Batteriespeicher kein Notstromaggregat betrieben werden kann:*

- *Steuerungsaufwand hoch und teuer*
- *Kühlungsaufwand hoch*
- *Batteriestabilität sinkt im Alter*
- *Kosten zu hoch*

*Es wird zusätzlich festgehalten, dass im Ereignisfall die 50 Notarbeitsplätze knapp bemessen sind und eine Triage unumgänglich ist. Die Bau-Eingabe wurde bereits getätigt, um keine Zeit für die Ausführung zu verlieren. Die Rechnungsprüfungskommission hat am 28. März 2022 die Weisung mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) gutgeheissen.*

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Seit einigen Jahren ist bekannt, dass eine Strommangellage (also eine Stromunterversorgung) neben einer Pandemie unterhalb der Kriegsschwelle das grösste Risiko für die Schweiz darstellt. Die Stabsübung «Blackout» des Gemeindeführungsorgans im Jahr 2016 hat sich schon einmal intensiv mit diesem Problem auseinandergesetzt und die aktuellen Schwachstellen identifiziert.*

*In Zukunft soll eine NEA, eine Notstrom- bzw. Netz-Ersatz-Anlage, im Stadthaus West dafür sorgen, dass alle vitalen Blaulichtfunktionen, die ICT-Anlagen der Stadt Uster und ca. 50 Arbeitsplätze für unabdingbare Funktionen in der städtischen Verwaltung unterbruchlos mit Strom versorgt werden können, auch im Fall einer Strommangellage.*

*Wie entscheidend wichtig eine solche Anlage im Ernstfall ist, muss ich Ihnen hier nicht eingehend erläutern. Die Anlage läuft mit einem Dieselmotor, weil das zurzeit immer noch die bewährteste und sicherste Form ist, auf die sowohl die Energie Uster AG selber als unser Stromlieferant, als auch sämtliche anderen Institutionen setzen, die ebenfalls eine NEA haben, wie z.B. das Spital.*

*Das vorliegende Projekt hat die Kosten, die Sicherheitsvorgaben, die bautechnischen und baupolizeilichen Bewilligungsvorgaben und die operative Handhabbarkeit berücksichtigt und diese in einem optimalen Verhältnis aufeinander bezogen.*

*Die Bau-Eingabe ist wie üblich parallel zur Behandlung im Gemeinderat erfolgt. Falls der Gemeinderat heute zustimmt, kann im Juni mit dem Bau begonnen werden. Und ab Oktober könnten wir dann mit der Fertigstellung rechnen und die Anlage ab dann – ja – jedes Jahr testen aber hoffentlich nie in Betrieb nehmen müssen!*

*Der Stadtrat bittet Sie, diesem Kredit zuzustimmen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Urs Lüscher** (EVP): *Vorab bedanke ich mich für die Informationen, welche wir aus der Weisung entnehmen konnten. Vor allem aber auch für die schnelle Beantwortung der offenen Fragen aus der Kommission.*

*Die Grünliberale/EVP Fraktion anerkennt den Einsatz von einer altbewährten Technik für die Notstromversorgung mit Dieselgeneratoren.*

*Wir bedauern aber, dass keine innovativere, zukunftsorientierte Technologie eingesetzt wird. Seit 2020 ist bei der ARA in Gossau eine von der Energie AG Gossau in Auftrag gegebene, vergleichbare aber batteriegestützte Notstromversorgung im Einsatz. Eine Lösung, die eben auch mit dem Einbezug der vorhandenen PVA funktioniert. Diese Anlage stellt nicht nur den Notbetrieb sicher, sondern optimiert auch den Stromverbrauch im Alltag.*

*Wir anerkennen, dass bei den aktuellen Voraussetzungen die PVA-Anlage vom Stadthaus West bei Stromausfall vom Netz genommen werden muss. Bedauerlich ist aber, dass durch die Auslagerung der Anlage an die Energie Uster AG keine Integration in die Eigenstromversorgung und damit in den Eigenverbrauch im Stadthaus West mehr möglich ist. Wir hätten mit der Batterielösung in Kombination mit der PVA-Anlage die Eigenversorgung optimieren und damit bei der Amortisation der Batterien mithelfen können.*

*Aktuell erhalten wir aber einen Mietpreis für die Dachfläche, welcher auf einer Einspeisevergütung von 9 Rappen je Kilowattstunde basiert. Gleichzeitig beziehen wir aber mehr als doppelt so teuren Strom im Hochtarif von der Energie AG. Macht ja nichts, ist doch eh unsere Firma?*

*Im Weiteren könnte die Autonomiezeit der Notstromversorgung bei einer Batterielösung mit dem Einbezug der PVA verlängert werden.*

*Wir anerkennen, dass auch die Platzverhältnisse im Stadthaus West gegen eine batteriegestützte Lösung sprechen, bedauern aber, dass eine Lösung mit Containern für die Batterien, zum Beispiel am Standort des geplanten Dieselaggregats scheinbar ausser Betracht gelassen wurde.*

*Zum Schluss anerkennen wir auch, dass die Neuinstallation im Zuge der Sanierung bereits auf eine Diesellösung zugeschnitten wurde. Wir bedauern gleichzeitig aber, dass die Alternativen bereits in der Planungsphase ausgeschlossen wurden.*

*Unser Fazit: Eine verpasste Chance für eine richtungsweisende und innovative Lösung. Trotzdem will die Grünliberale/EVP Fraktion das bereits weit fortgeschrittene Projekt nicht blockieren.*

*Schliesslich sind die Bewilligungen bereits eingeholt und die Planung abgeschlossen. Mit einer Stimmenthaltung werden wir aber unseren Unmut demonstrieren.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): *Bis ins Jahr 2050 wird der jährliche Stromverbrauch in der Schweiz von heute 65 TWh auf 85 TWh zunehmen, die Stromproduktion nach heutigen Möglichkeiten und Technologien wird aber auf 35 TWh abnehmen. Die Stromlücke, welche es in den nächsten Jahren zu füllen gilt, beträgt damit gut 50 TWh. Dabei nur auf erneuerbare Energien, hauptsächlich Solarenergie zu setzen, dürfte ein sehr riskantes, wenn nicht sogar hoffnungsloses Unterfangen werden. Es ist gut vorstellbar, dass wir in Zukunft weiterhin auf Atomkraft und insbesondere Stromimporte angewiesen sind, falls wir künftig das Blackoutrisiko unter Kontrolle halten wollen oder gar wegen Energiemangel den Strom rationieren müssen und so dem Werkplatz Schweiz nicht massiv schaden wollen.*

*Die jüngsten Ereignisse in der Ukraine haben solche Befürchtungen zusätzlich intensiviert und insbesondere den Zeithorizont markant verkürzt. Wir werden uns auf eine Strommangellage einstellen müssen – pessimistische Modelle sehen eine solche bereits im kommenden Winter auf uns zukommen!*

*Damit die Blaulichtorganisationen und die Stadtverwaltung auch in Zukunft und bei Energiemangel zuverlässig funktionieren, ist die Investition in ein solches Notstromaggregat an diesem Standort richtig und wichtig.*

*Dass man dabei auf Diesel-Generatoren setzt, ist angesichts des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zwar unschön, aber verständlich, da es sich um eine bewährte Technologie mit wenig Risiko handelt. Und die Generatoren laufen ja nicht ständig, sondern nur in Notlagen. Da wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoss insgesamt vernachlässigbar sein.*

*Es steht in der Weisung drin, die Anlage ist nur für den Notbetrieb der Serverinfrastruktur, für Notarbeitsplätze der Stadtverwaltung und die Notfallorganisationen angedacht. Insbesondere ist sie nicht für das Laden von Elektroautos ausgelegt. Auch wenn aus unserer Sicht ein späterer Ausbau mit von Photovoltaik gespeicherten Speicherbatterien durchaus Sinn machen würde, erst muss sich allerdings noch die Technologie hierfür weiterentwickeln, wäre es aus unserer Sicht fahrlässig, wenn man ab heute bei den Sicherheitsorganisationen und auch in der Abteilung Bau nur noch auf Elektrofahrzeuge setzt. Die Massnahme M4 des Klimakatalogs sieht ja genau dies mit hoher Priorität und sofortigem Umsetzungshorizont vor.*

*Ein Sicherheitskonzept muss die grösstmögliche Sicherheit in einer Notsituation bieten, damit die Organisationen der Stadt Uster auch künftig unterbruchlos einsatzfähig bleiben.*

*Unsere Fraktion wird den Kreditantrag unterstützen. Als Investition in eine sichere Zukunft.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Wen rufen wir an, wenn wir z. B. durch einen Brand oder durch ein Gewaltdelikt an Leib und Leben bedroht sind?*

*Richtig: die Polizei oder die Feuerwehr. Was tun wir aber wenn wir nur schwer oder gar niemanden erreichen?*

*Dies wünscht man niemandem in einer ernststen Lage. Da ein Ausfall unserer lokalen Einsatzzentralen in der Vergangenheit bereits eingetroffen ist und mit weiteren Netzausfällen dank der missratenen Energiepolitik zu rechnen ist, hat die Verwaltung ein Konzept erarbeitet mit welcher Versorgungssicherheit in Notlagen gewährleistet werden soll.*

*Wir sind der Meinung das die Umsetzung dieses Konzepts notwendig ist, üben aber auch teilweise Kritik am Konzept.*

- *Die Grösse der Anlage ist unserer Meinung nach zu gross und ist eher für den Dauerbetrieb des ganzen Stadthauses ausgelegt.*
- *Das Konzept kommt zu früh, da die aktuelle Entwicklung von Batterien auf Nicht-Litiumionen-Batterien schnell vorangeht und eine nachhaltigere Lösung wäre.*
- *Fehlende Angaben über Treibstoffbesorgungen im anhaltenden Ernstfall, da der Treibstoff nur 30 Stunden hält*
- *Technische Formfehler in der Weisung: z. B. Energiebedarf in kW (dies wäre die Leistung)*
- *Hohe Betriebskosten in den Folgejahren*

*Wir denken, dass jedes Leben, dass gerettet werden kann die Installation rechtfertigt. Wir hätten uns aber auf die absolut notwendigen Bereiche der Stadt konzentriert.*

*Die SVP/EDU-Fraktion stimmt der Weisung zu.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 26:0 Stimmen:**

- 1. Für den Aufbau von Notstromanlagen für die Notfallorganisationen im Stadthaus West und Notfallarbeitsplätze für die städtische Verwaltung sowie für die technischen Betriebe im Werkhofgebäude wird ein Investitionskredit von 705 000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10 %) bewilligt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

#### 4 Weisung 113/2022 des Stadtrates: Ausbildungszentrum Riedikon, Sanierung Brandhaus 1, Baukredit

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Die Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit beriet das vorliegende Geschäft anlässlich der Sitzung vom 21. März 2022. Seitens der Exekutive waren Stadtrat Jean-François Rossier, der Abteilungsleiter Sicherheit Enrico Quattrini und der Kommandant Bevölkerungsschutz Sascha Zollinger anwesend. Um was geht es?*

*Die Leistungsgruppe Bevölkerungsschutz der Stadt Uster betreibt in Riedikon ein Ausbildungszentrum. In diesem Zentrum befinden sich auch zwei Brandhäuser aus den 80er Jahren, in welchen umliegende Feuerwehren den Ernstfall trainieren. Nutzungs- und altersbedingt ist die Bausubstanz der Decken so stark beschädigt, dass das Brandhaus 1 Ende 2021 ausser Betrieb genommen wurde und das Brandhaus 2 noch bis Ende 2022 genutzt werden kann. Sanierungsmassnahmen sind keine mehr möglich. Durch den beabsichtigten Neubau sollen neue Gebäudestrukturen geschaffen werden. So sollen neu auch Übungssituationen in Tiefgaragen oder auf Balkonen möglich sein.*

*Die Stadt Uster erhält für den Betrieb des Ausbildungszentrums keine Subventionen von der GVZ. Die GVZ zog sich 2012 aus Uster zurück und seither ist die Stadt Uster der alleinige Betreiber. Der KÖS wurde erklärt, dass die GVZ ausschliesslich für die Grundausbildung der Feuerwehrleute zuständig sei, dafür nutzt sie das Ausbildungszentrum in Andelfingen. Die GVZ vergütet hingegen keine Weiterbildungskurse. Die Weiterbildung der Feuerwehrleute sei Sache der Gemeinden. Die GVZ schreibt auch keinen Übungsplatz vor, weshalb Uster frei ist dieses Ausbildungszentrum zu betreiben oder nicht. Uster ist eine Stützpunktfeuerwehr und als solche könnte man es sich inskünftig überlegen, die GVZ um Subventionen für das Ausbildungszentrum anzufragen.*

*Das Ausbildungszentrum in Riedikon nutzen Feuerwehren aus der Umgebung, dem Zürcher Oberland bis nach Glarus. Wer sich nun fragt, wo diese Feuerwehren trainieren würden, wenn Uster seinen Betrieb einstellen würde, dem kann keine schlüssige Antwort erteilt werden. Diese müssten sich zwangsläufig eine neue Trainingsmöglichkeit suchen.*

*Die Abteilung Bevölkerungsschutz hatte bis dato den Auftrag, das Ausbildungszentrum kostendeckend zu betreiben. Ausser in zwei mageren Jahren resultierte durch den Betrieb ein Gewinn. Der Stadtrat äussert nun die Hoffnung, dass ein attraktiverer Übungsplatz auch einen positiven Einfluss auf die Belegung haben wird. Aus Sicht der KÖS sind dieser finanzielle Trumpf inskünftig noch stärker auszuspielen und die Gebühren entsprechend dem Niveau der übrigen Ausbildungszentren anzupassen. Die Trainings der Feuerwehr Uster wurden bislang mit CHF 42'000.00 intern verrechnet. Im Nachgang zur Kommissionssitzung wurde nochmals die Thematik der gebundenen und ungebundenen Kosten thematisiert. Bei den gebundenen Kosten handelt es sich um den Abbruch und Neubau des Brandhauses in seiner jetzigen Form und Grösse. Die Mehrkosten beziehen sich auf das Untergeschoss, die zusätzliche Schamottierung aufgrund der grösseren Fläche und den Bau von Balkonen. Der Stadtrat vertritt die Ansicht, dass es sich bei der Erweiterung des Brandhauses nicht um einen Leistungsausbau handelt, sondern viel mehr um die Darstellung von zu praktizierenden Trainingssituationen aufgrund der heutigen Bautätigkeiten.*

*Fazit: Die KÖS stellte fest, dass Uster gesetzlich nicht dazu verpflichtet ist, Brandhäuser resp. ein Ausbildungszentrum zu betreiben. Uster betreibt das Ausbildungszentrum finanziell gewinnbringend. Ein Wegfall des Ausbildungszentrums in Uster hätte betriebliche Mehraufwendungen und weniger Übungsstunden für die eigenen Feuerwehrleute zur Folge. Von den total 1 525 000 Franken sind ca. 786 000 Franken gebundene Kosten. Der Mehrwert bzw. die ungebundenen Kosten liegen somit bei ca. 739 000 Franken, was zumindest von einem Teil der Kommission durchaus als Leistungsausbau betrachtet wird.*

*Die KÖS beantragt dem Gemeinderat mit 8:0 (abwesend 1) der Vorlage zuzustimmen.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Christoph Keller** (SVP): *Nach einer historischen Zusammenfassung ist die sachliche Notwendigkeit der Sanierung verständlich.*

*Die RPK hält fest, dass sich die Kostenschätzung auf TCHF 1,525 beläuft. Die gebundenen Kosten bestehen im Abbau und Neuaufbau des Brandhauses 1.*

*Eine zusätzliche Unterkellerung sowie die Ausführung von Innen- und Aussenbalkone werden als ungebundene Kosten in das Projekt einfließen.*

*Subventionen seitens GVZ sind nicht zu erwarten. Die GVZ betreibt erstens ihre eigene Anlage in Andelfingen. Ausserdem finanziert die GVZ Löschmaterial wie Löschfahrzeuge und nicht Übungsanlagen. Es wird aber nochmals bei der GVZ nachgefragt.  
Die Gebührentarife hängen von den Möglichkeiten des Marktes ab. Man steht mit der GVZ-Anlage in Andelfingen in Konkurrenz.  
Die Rechnungsprüfungskommission hat am 28. März 2022 die Weisung mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) gutgeheissen.*

Der Abteilungsvorsteher Sicherheit, **Stadtrat Jean-François Rossier**, verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert **Monika Fitze** (SP): *Grundsätzlich findet es die SP positiv, dass Uster im Bereich Feuerwehr eine Zentrumsfunktion übernimmt und somit im wahrsten Sinne des Wortes ein „Brennpunkt“ ist. Das habe sich historisch so entwickelt, wurde uns mitgeteilt und Uster erfülle dies mit einem gewissen Stolz.  
Tatsache ist, dass sich der Kanton und die GVZ aus dem ehemals gemeinsamen betriebenen Ausbildungszentrum bereits 2012 zurückgezogen haben. Uster habe dann diese Aufgabe einfach übernommen. Der Betrieb des Ausbildungszentrums ist allerdings keine kommunale Pflichtaufgabe und könnte ebenso vom Markt erbracht werden. Hier erstaunt es, dass die liberalen Kräfte im Rat dieser Erhöhung der Staatsquote eher kritiklos gegenüberstehen  
Für die SP ist klar, dass der Neu- und Ausbau der Brandhäuser nur legitimiert werden kann, wenn der Kostendeckungsgrad wie bis anhin höher als 100% bleibt. Dies ist bei den zu erwartenden Kapitalfolgekosten von 125 000 Franken ab dem kommenden Jahr sehr ambitioniert. Zumal ja auch das zweite Brandhaus ähnliche Kapitalfolgekosten verursachen wird.  
Der Indikator I 11 in der LG Bevölkerungsschutz muss deshalb in Zukunft genau überprüft werden. Die Leistungsgruppe Bevölkerungsschutz ist entsprechend gefordert. Um eine Erhöhung der Gebühren für die interessierten Gemeinden wird man nicht herumkommen. Gleichzeitig wird aber auch die Auslastung nochmals deutlich erhöht werden müssen. Es bleibt zu hoffen, dass der deutlich erhöhte Trainingsstandard die Feuerwehren des Kantons in Scharen anlockt und keine Verluste zulasten der Steuerzahlenden anfallen werden.  
Die SP sagt also kritisch ja zum geforderten Baukredit und wird den Indikator genau im Auge behalten.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Es spricht aus Sicht der Grünliberale/EVP-Fraktion wenig dagegen, diese Sanierung der Brandhäuser nicht zu genehmigen. Einerseits scheint es angezeigt, dass die Feuerwehrleute zeitgemässe Übungssituationen mit neuen Gebäudestrukturen antreffen. Andererseits ist das Ausbildungszentrum für Uster ein finanzieller Trumpf, welcher weiterhin und noch stärker ausgespielt werden soll. Wir müssen deshalb ein grosses Interesse daran haben, dass Usters Feuerwehr weiterhin so nah den Ernstfall trainieren kann. Trotzdem haben wir noch ein «Aber»: Dieses aber bezieht sich auf die Investitionen. Wir leisten uns hier etwas, was erstens ein Privater anbieten könnte und wir gesetzlich nicht verpflichtet sind und zweitens einen klaren Leistungsausbau darstellt. Auf den Punkt gebracht, es sind «nice to have» Ausgaben, welche wir uns leisten sollten aber eben auch unseren Haushalt vergrössern. Alle die nur Sparen und Parkplätze im Parteiprogramm haben, können diesem Baukredit nie und nimmer zustimmen. Dazu zählen wir uns glücklicherweise nicht, weshalb wir der Sanierung der Brandhäuser zustimmen.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Matthias Bickel** (FDP): *Unsere Fraktion unterstützt die Sanierung des Brandhauses 1 beziehungsweise dessen Neubau mit funktioneller Erweiterung und sagt somit auch JA für die Fortführung des Betriebs des Ausbildungszentrums (AZ) Riedikon für die nächsten Jahre.*

*Nach jahrzehntelangem Einsatz sind die beiden Brandhäuser nun an ihrem Betriebsende angekommen. Mit einem Neubau will man den gestiegenen Anforderungen der heutigen Zeit zudem gerecht werden, damit mögliche Einsätze weiterhin unter realistischen Bedingungen geübt werden können. Denn Immobilien haben sich in den letzten 30 Jahren stark verändert; beispielsweise konnte die Bekämpfung eines Brandes in einer Tiefgarage bis jetzt nicht geübt werden.*

*Dennoch: das AZ Riedikon ist unter den Feuerwehren beliebt und über die Jahrzehnte zu einer bekannten Grösse in der Branche geworden, bildet es doch eine attraktive Alternative zu an anderen AZ – namentlich zum kantonalen AZ in Andelfingen. Selbst ausserkantonale Feuerwehren kommen nach Riedikon, denn die Anlage ist eben auch gut erreichbar; denn ein kürzerer Anfahrtsweg spart kostbare Anfahrtszeit, womit mehr Zeit für die Ausbildung bleibt.*

*Auch wenn die geplanten Investitionen (wie auch jene für das Brandhaus 2) die Stadtkasse in dieser ungünstigen Zeit belasten wird, ist es eine sinnvolle und langfristige Investition in die Zukunft der Anlage – andernfalls machte der Betrieb des AZ gar keinen Sinn mehr.*

*Man könnte sich zwar überlegen, ob der Betrieb nicht auch durch einen privaten Anbieter ebenso gut gewährleistet werden könnte, doch liegt die aktuelle Betriebsführung aus unserer Sicht in guten Händen, wirft die Anlage doch jährlich auch Gewinn ab. Die Abschreibungen werden in den nächsten Jahren hingegen stärker zu Buche schlagen, als der erwirtschaftete Gewinn das ausgleichen könnte.*

*Mit der Attraktivitätssteigerung des AZ Riedikon hofft unsere Fraktion aber auch auf eine angemessene Anpassung des Gebührenkatalogs, denn die neuen Trainingsmöglichkeiten haben auch ihren Wert. Natürlich sollen die Preise weiterhin fair bleiben, damit die Feuerwehren von nah und fern weiterhin gerne zu uns ins Training kommen und die Stadt Uster etwas zum guten Ausbildungsstand unserer Feuerwehren beitragen kann.*

**Stadtrat Jean-François Rossier:** *Zu diesem notwendigen Geschäft wurde bereits einiges gesagt. Auf zwei Punkte möchte ich noch eingehen, und zwar 1. Gebühren und 2. auch andere Gemeinden oder Private könnten ein solches Zentrum betreiben.*

*Gebühren haben damit zu tun, wer ein Zentrum dieser Art betreibt. Würden es Private betreiben, wären die Gebühren wesentlich höher. Hier geht es nicht um „nice to have“. Die Gemeinden haben den Auftrag zur Ausbildung ihrer eigenen Feuerwehren. Hätten wir dieses Zentrum nicht, müssten wir an anderen Orten trainieren und dabei viel Zeit für Anfahrt und Retablierung einsetzen. Damit ginge viel Zeit und Wissen verloren. Die Grünliberale/EVP-Fraktion hat das vorhin richtigerweise erwähnt. Zum Schluss nochmals „nice to have“, darum geht es nicht, denn mit den ungebundenen Kosten bringen wir das Ausbildungszentrum auf denjenigen Stand, den die Feuerwehr für das Üben von Ernstfällen brauchen. Danke für Ihre Zustimmung.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:**

- 1. Für das Projekt «Ausbildungszentrum Riedikon, Sanierung Brandhaus 1» wird ein Investitionskredit von 1'525'000 Franken inkl. MUWS (Kostenvoranschlag +/- 20%) bewilligt.**
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel gegebenenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

**5 Postulat 637/2021 (statt Motion, Umwandlung) von Silvan Dürst (SVP) und Hans Denzler (SVP): Rahmenvertrag mit der Energie Uster zur unentgeltlichen Dachnutzung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden im Eigentum der Stadt; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 6 (Postulat 638/2021).

**Präsidentin Anita Borer (SVP):** *Aus verfahrensökonomischen Gründen werden die Postulate 637/2021 und 638/2021 gemeinsam behandelt. Dabei ist Artikel 4 der Gemeindeordnung der Sekundarschulgemeinde zu beachten, wonach Ratsmitglieder, die nicht auf dem Gebiet der Sekundarschulgemeinde Uster wohnen, von den Beratungen und Abstimmungen zum Postulat 638/2021 ausgeschlossen sind.*

**Silvan Dürst (SVP)** nimmt Stellung: *Ich halte mein Referat analog zum Postulat 637 und Postulat 638. Ich bedanke mich bei der Stadt Uster und der Sekundarschulpflege für die erbrachte Arbeit zu den beiden Postulaten. Leider haben die angestrebten Ziele der beiden Postulate nicht die erhofften Früchte getragen. Denn das oberste Ziel war, dass wir im Eiltempo und ohne Hemmschwellen so viele Anlagen wie möglich realisieren.*

*In den beiden Anträgen wird der Zeithorizont 2040 erwähnt und gerade von den beiden verantwortlichen, nämlich dem grünliberalen Sekundarschulpräsidenten und dem FDP-Stadtrat, welcher mit «echter Klimapolitik» im Wahlkampf geworben hat, hätte ich mir ambitioniertere Zielsetzungen erhofft.*

*Für den nächsten Wahlkampf empfehle ich den Grünliberalen und der FDP statt leckerem Popcorn und feinen Würsten, Kerzen mit der Aufschrift «Sorry, wir arbeiten an einer Lösung für die nächtliche Finsternis bis 2040». Nehmen Sie es mit Humor, und natürlich bedanke ich mich für die Leckerereien und die Gastfreundschaft der beiden Parteien. (Heiterkeit im Saal)*

*Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag zur Erledigung der beiden Postulate und hofft auf baldige wunder. Vielleicht ein AKW der neusten Generation?)*

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Die Erstellung von Solaranlagen entspricht der Immobilienstrategie, der Stossrichtung des Massnahmenplans Klima, wird durch den geltenden Gebäudestandard 2019 gefordert und ist auch wichtig für die Erhaltung des Gütezeichens „Energistadt Gold“, das Uster bekanntlich schon seit einigen Jahren trägt. Aber vor allem ist die Forcierung von Solarstrom natürlich auch im übergeordneten Interesse, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken und unsere Volkswirtschaft unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen.*

*Das Postulat fordert den Stadtrat dazu auf, die nötigen Abklärungen vorzunehmen für einen unentgeltlichen Rahmenvertrag zur Dachnutzung von städtischen Liegenschaften durch die Energie Uster AG.*

*Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht nun auf, was in den letzten Jahren schon alles getan wurde, und das ist nicht wenig. Uster ist mit der Solarenergie schon weit, weiter als viele andere Gemeinden. Trotzdem gibt es natürlich auch in Uster noch viel zu tun.*

*Der Stadtrat zeigt auch auf, wie und zu welchen Konditionen die Dächer schon heute an die Energie Uster AG zum Aufstellen von PV-Anlagen vermietet werden. Der heute gültige Vergütungsansatz ist schon relativ tief. Es gibt keinen Grund, diesen Ansatz auf Null zu senken. Was wir aber machen werden: Die anstehenden vielen einzelnen Verträge für jedes Dach durch einen Rahmenvertrag ersetzen, was die Abwicklung effizienter macht. Die Ausarbeitung dieses Rahmenvertrags wird im Zusammenhang mit der Beantwortung der Leistungsmotion 618/2021 an die Hand genommen.*

Ü

*brigens gibt es auf der anderen Seite auch Stimmen (auch aus dem Gemeinderat), die fordern, die PV-Anlagen selbst zu erstellen und den Solarstrom für den Eigengebrauch zu nutzen. Wir sind auch dieser Frage nachgegangen. Einigen Vorteilen stehen auch gewichtige Nachteile gegenüber, vor allem bedingt ein solches Vorgehen eine erhebliche Investitionsvorleistung und setzt den Aufbau von Kompetenzen im Bau und Betrieb von PV-Anlagen in der städtischen Verwaltung voraus. Die Energie Uster AG ist aber ja zu 100% im Eigentum der Stadt Uster. Und die Stadt Uster hat viele andere dringend nötige Investitionen vor sich. Deshalb macht die Vermietung dieser Dachflächen an die Energie Uster AG durchaus Sinn. Aber selbstverständlich werden wir die Situation periodisch wieder überprüfen und gegebenenfalls auch wieder einmal auf unsere Entscheidung zurückkommen. Der Stadtrat bittet Sie, dem Postulatsbericht zuzustimmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Ich nehme seitens der FDP/Die Mitte-Fraktion Stellung zu den beiden gleichlautenden Postulatsberichten die städtischen wie die Liegenschaften der Sekundarschule betreffend.*

*Wenn ich mir mein Referat anschau, ist der Titel der beiden Postulate länger als mein Redetext. Unsere Fraktion hatte sich im letzten September gegen die Motionen gestellt und der Umwandlung in Postulate ohne Begeisterung zugestimmt. Wir werden in den nächsten Monaten noch die eine oder andere stadträtliche Antwort auf Wahlkampf-Vorstösse auf den Traktandenlisten finden - mit wohl ähnlich dürftigem Inhalt. Für einmal können wir aber nicht dem Stadtrat und der Sekundarschulpflege den Vorwurf machen, dass sie sich um eine gute Antwort focht haben - die ursprünglichen, gar als Motion eingereichte Vorstösse haben einfach nicht mehr hergegeben... Daher kurzgefasst: Den Berichten zustimmen - Postulate erledigen. Danke.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale), wozu er eine **Redezeitverlängerung um zwei Minuten beantragt** und womit der **Gemeinderat stillschweigend einverstanden** ist: *Die Gemeindeordnung lässt keine Zweifel offen: Netto Null für kommunale Bauten ist bis 2040 zu erreichen.*

*Ein Rahmenvertrag mit der Energie Uster AG beeinflusst massgeblich, ob und wie günstig dieses Ziel erreicht werden kann. Die Sustech AG hat im Auftrag der Sekundarschulpflege für die Beantwortung des Postulats 631 (Aktionsplan «Netto Null bei Gebäuden der Sekundarschule») einen Bericht erarbeitet. Eine wichtige Erkenntnis daraus ist, dass Netto Null nur dann zu erreichen ist, wenn die Solaranlagen auf den Dächern im Eigentum der SSU, resp. der Stadt sind und der produzierte Solarstrom an die Netto Null Bilanz angerechnet werden können.*

*Mit der Abtretung der Dachnutzungsrechte an die Energie Uster AG, gibt die Stadt einen starken Trumpf aus der Hand, um Netto Null bis 2040 bei kommunalen Bauten zu erreichen. Ein solcher Rahmenvertrag wäre ein schwerer strategischer Fehler. Wie soll Netto Null bei kommunalen Bauten erreicht werden, wenn nicht einmal der Strom vom eigenen Dach anrechnet werden kann??*

*Die Weichen für werden jetzt gestellt und können später nur schwer und teuer korrigiert werden. Die Mieteinnahmen der Dächer haben im Vergleich zu den höheren Stromkosten und allen weiteren Kosten zur Erreichung von Netto Null bei den Gebäuden eher symbolischen Charakter.*

*Ich appelliere an den Stadtrat und an die linke Ratshälfte, mitzuhelfen, dass die Stadt Uster sich nicht selber ins energiepolitische Abseits manövriert, indem die Solarzertifikate der Energie Uster ohne Not für eine sehr geringe Entschädigung überlassen werden. Dies kann nicht rückgängig gemacht werden. Die PV-Anlage auf dem Stadthaus West gehört bereits der Energie Uster AG. Auch deshalb ist die Solarstrom- und Batterielösung für den Notstrom kaum möglich.*

*Ich appelliere aber auch an die FDP, ihr habt im Wahlkampf echte Klimapolitik versprochen. Das war zwar gestern, doch für die nächsten vier Jahre nehme ich euch beim Wort: Echte Klimapolitik bedeutet wohl für uns beide, das Ziel Netto Null auch wirtschaftlich zu erreichen. Ihr habt die hohen Investitionskosten für den Massnahmenplan Klima und «Netto Null» durchaus zu Recht moniert. Beim Entscheid zu einem Rahmenvertrag haben wir die einmalige Gelegenheit, den Weg eines günstigen Netto Null im 2040 für kommunale Gebäude einzuschlagen. Mit Eigenverbrauch sparen wir gleich doppelt: bei den Stromkosten und beim Erreichen des Netto Null, denn zusätzliche Massnahmen für Netto Null werden deutlich geringer ausfallen, da der selber produzierte Strom angerechnet werden kann.*

*Der angestrebte Rahmenvertrag ist für uns nur dann akzeptabel, wenn*

- 1. Eigenverbrauch möglich ist (max. 20 Rp./kWh) und*
- 2. ein verbindlicher, ambitionierter Ausbauplan mit entsprechenden Indikatoren im Leistungsauftrag ab 2023 (z. B. Zubau von mindestens 500m<sup>2</sup> PV-Fläche pro Jahr auf städtischen Dächern) vorliegt, und*
- 3. der produzierte Strom der CO<sub>2</sub>-Bilanz der städtischen Gebäude angerechnet werden kann.*

*Ob diese drei Punkte in einem Rahmenvertrag mit der Energie Uster möglich sind, ist fraglich. Ich bin sicher, dass andere Firmen gerne diese Planungen und Realisierungen für die Stadt oder die SSU ausführen. Lassen wir den Wettbewerb spielen. Der Aufwand für die Stadt oder die SSU ist in beiden Fällen gleich.*

*Wir stimmen den Berichten zu, und verlangen keine Ergänzungsberichte, obwohl noch viele Punkte ungeklärt sind. Beispielsweise eine finanzielle Gegenüberstellung Solarstrom von der Energie Uster AG kaufen vs. eigener Strom vom Dach (beides sind Lösungen für Netto Null). Dies kann aber gut in der Antwort zur Leistungsmotion 618 gemacht werden. Bitte aber unter der Annahme, dassw mit Wärmepumpen oder Holz geheizt wird und der Wagenpark elektrifiziert ist.*

Der Präsident der Sekundarschulpflege, **Benno Scherrer**, nimmt Stellung: *Das Postulat 638 forderte ja nicht, sofort Solaranlagen zu bauen. Die Sekundarstufe Uster nimmt alle Vorstösse «Solar» und «Netto Null» als Auftrag – aber das Know How bezüglich Solaranlagen liegt nicht bei uns. Das Votum von Andreas Pauling regt zum Nachdenken an: Wir werden uns überlegen, bei der Umsetzung des Aktionsplans «Netto Null» - bei den anstehenden Investitionen – auch eigene Solaranlagen anzudenken, um das Ziel «Netto Null» erreichen zu können. Aktuell liegt aber die Kompetenz für den Bau von Solaranlagen – und damit auch der Auftrag zum Bau solcher Anlagen – bei der Energie Uster AG (oder anderen Solarproduzenten). Wir bitten Sie, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das Postulat abzuschreiben.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 637/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

**6 Postulat 638/2021 (statt Motion, Umwandlung) von Silvan Dürst (SVP) und Hans Denzler (SVP): Rahmenvertrag mit der Energie Uster zur unentgeltlichen Dachnutzung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden im Eigentum der SSU; Bericht und Antrag der Sekundarschulpflege**

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) ausgeschlossen (Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde)

Stellungnahmen und Diskussion siehe TOP 5 (Postulat 637/2021).

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen (ein Ratsmitglied in Anwendung von Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde ausgeschlossen):**

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 638/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an die Sekundarschulpflege.**

## 7 Kenntnisnahmen

### Erneuerungswahlen vom 27. März 2022 für die Amtsdauer 2022-2026

#### a) Stadtrat

Folgende Mitglieder wurden gewählt mit Stimmen:

Thalmann Stammbach Barbara, Uster, SP (bisher)	3842
Feldmann Stefan, Uster, SP (bisher)	3682
Fehr Thoma Karin, Uster, Grüne (bisher)	3586
Famos Cla, Uster, FDP (bisher)	3259
Bättig Petra, Uster, FDP (bisher)	3247
Caviezel Beatrice, Riedikon, GLP	2903

Als Stadtpräsidentin ist mit 3200 Stimmen Barbara Thalmann im Amt bestätigt worden.

#### b) Primarschulpflege

Folgende Mitglieder wurden gewählt mit Stimmen:

Bernet Patricia, 1971, Uster, Biologin, Primarschulpräsidentin, SP (bisher)	3966
Schmid Richard, 1963, Uster, Sozialarbeiter, Grüne (bisher)	3603
Boss Nathalie, 1978, Uster, Krippenleiterin, FDP	3140
Ebinger Ruth, 1962, Uster, Ausbilderin mit eidg. Fachausweis, SP	3116
Kleinert Roger, 1967, Uster, Informatiker, parteilos (bisher)	3000
Jossi Andreas, 1972, Uster, Flugverkehrsleiter, GLP	2990
Guyer Janine, 1976, Uster, Dentalassistentin, parteilos (bisher)	2927
Zollinger Sarah, 1971, Uster, Verkaufskordinatorin, SP	2905
Werder Erich, 1965, Uster, El. Ing. HTL, EVP (bisher)	2773

Als Präsidentin ist mit 3319 Stimmen Patricia Bernet im Amt bestätigt worden.

#### c) Sozialbehörde

Folgende Mitglieder wurden gewählt mit Stimmen:

Ulmer Beatrice, 1961, Uster, Leiterin ausserschulische Betreuung, GLP	4612
Vögeli Denise, 1971, Uster, Biomed. Analytikerin HF, FDP	4342
Zbinden Christina, 1956, Uster, Berufsberaterin, SP (bisher)	4245
Zaugg-Schädler Andrea, 1969, Uster, Landwirtin mit pädagogischer Zusatzausb.	3784

#### d) Oberstufenschulpflege Nänikon-Greifensee

Folgende Mitglieder wurden gewählt mit Stimmen:

Schmid Ulrich, Die Mitte (bisher)	1365
Krauss Heike, FDP (bisher)	1227
Schoch Patrick, Aktion G (bisher)	1177
Altenburger Thomas, parteilos	1141
Lienhard Angela, Aktion G (bisher)	1125

Als Präsident ist mit 1188 Stimmen Ulrich Schmid im Amt bestätigt worden.

### Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee: Volksabstimmung vom 27. März 2022

Die Einzelinitiative Altenburger «Prüfung des Zusammenschlusses von Nänikon und Werrikon mit Greifensee in Zusammenarbeit mit den politischen Gemeinden Uster und Greifensee» wurde mit 2022:168 (davon Nänikon/Werrikon 820:75) Stimmen angenommen.

### **Rechtskraftbescheinigung**

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 7. Februar 2022 sind beim Bezirksrat Uster bis 25. März 2022 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

### **Rechtskraftbescheinigung und Inkrafttreten**

Die Baudirektion hat mit Verfügung vom 16. Dezember 2021 die Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung genehmigt. Gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2021 i/S. Mehrwertsteuerausgleich (MAG), Umsetzung Stadt Uster, Kommunale Nutzungsplanung, Teilrevision Bau- und Zonenordnung (BZO), Festsetzung (Weisung 93/2021 des Stadtrates) sowie gegen den Genehmigungsentscheid der kantonalen Baudirektion ist gemäss Rechtskraftbescheinigung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 24. Februar 2022 kein Rechtsmittel ergriffen worden. Die Teilrevision der BZO sowie das Reglement zum kommunalen Mehrwertausgleichsfonds (Fondsreglement) treten gemäss Beschluss des Stadtrates vom 15. März 2022 am Tag der Publikation im Amtsblatt des Kantons Zürich, d. h. am 25. März 2022 in Kraft (vergleiche Seiten 1278 ff.).

### **Anfragen**

Folgende Anfrage ist beantwortet worden.

- 669/2022 von Paul Stopper (BPU) vom 13. Januar 2022: „Verein Pavillon Nouvel“, Rückzahlung des städtischen Darlehens von 90'000 Franken an die Stadt Uster (Stadtratsbeschluss vom 22. März 2022)

Auf das Ende dieser Amtsdauer hat **Stadtrat Jean-François Rossier** auf eine erneute Kandidatur verzichtet: Er gehörte von 2014 bis 2022 dem Stadtrat an. Zuvor war von 2007 bis 2014 im Gemeinderat, davon Präsident der RPK von 2010 bis 2014 und Ratspräsident 2010/2011.

Auf das Ende der Amtsdauer 2018-2022 scheiden nach den Erneuerungswahlen vom 27. März 2022 aus dem Rat aus:

- **Beatrice Caviezel** (Grünliberale), von 2018 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der KSG und in der RPK von 2018 bis 2022
- **Martin Camponovo** (SP), von 2020 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der KSG von 2020 bis 2022
- **Rolf Denzler** (SVP), von 1998 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) von 1998 bis 2002, in der Bürgerrechtskommission (BRK) von 1998 bis 2011 (u. a. auch Präsident), in der KBK vom 2002 bis 2006, Präsident der SVP/EDU-Fraktion von 2006 bis 2012, Präsident der KPB von 2006 bis 2022, Präsident der IFK von 2002 bis 2022, Ratspräsident 2004/2005 (Applaus)
- **Monika Fitze** (SP), im Gemeinderat von 2014 bis 2022, davon in der KSG von 2014 bis 2018 und in der KÖS von 2018 bis 2022
- **Eveline Fuchs** (Grüne), von 2018 bis 2022 im Gemeinderat, davon 2018 bis 2022 Präsidentin der KSG und von 2019 bis 2021 in der Geschäftsleitung (GL)
- **Hans Keel** (SVP), von 2011 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der Bürgerrechtskommission (BRK) von 2011 bis 2012, in der KSG von 2011 bis 2014, in der KPB von 2014 bis 2018, in der KSG von 2018 bis 2022, in der GL von 2014 bis 2019, Ratspräsident 2016/2017
- **Peter Mathis-Jäggi** (SP), von 2020 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der KPB und in der RPK von 2020 bis 2022
- **Peter Müller** (FDP), von 2018 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der KSG von 2018 bis 2020, in der KBK von 2020 bis 2022
- **Florin Schütz** (SP), von 2018 bis 2022 im Gemeinderat, davon in der KSG von 2018 bis 2022

**Präsidentin Anita Borer** (SVP) würdigt deren Amtstätigkeit im Gemeinderat. (Applaus)

Im Anschluss an die heutige Tagung wird zum Umtrunk zur Verabschiedung dieser Ratsmitglieder eingeladen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 9. Mai 2022 (Konstituierung für die Amtsdauer 2022-2026) statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

7.4.2022

Die Präsidentin  
Anita Borer

2.5.2022

Die Stimmenzähler  
Karin Niedermann

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann